

NEWSLETTER

“SWISS-BALTIC CHAMBER OF COMMERCE SBCC”

Vertreter von OSEC und SEC in Kooperation mit SIPPO und SOFI

Mitglied der Dachorganisation SwissCham

Herausgabe alle 2 Wochen seit 1998

www.swissbalticchamber.com, e-mail: swisschamber@sbcc.ee

Kiriku 2, EE-10130 Tallinn, Estland

Tel.: +372 645 09 16, Fax: +372 631 15 77

11 Seiten Datum: 06.02. 08

WIRTSCHAFT

-Davos ratlos?

-Baltische Staaten setzen auf konstruktive schwedische EU-Präsidentschaft.

-Teilnehmer hofften auf nächstes G-20-Treffen in London und den Umweltgipfel in Kopenhagen.

-Kooperation und Minimierung von Protektionismus gefordert.

Noch nie waren so viele Staats- und Regierungschefs, Minister und Verantwortungsträger aus Wirtschaft, Politik und Kultur zum World Economic Forum in das bündnerische Davos gereist, wie in diesem Jahr. Siehe Teilnehmerliste der offiziellen Gäste unter:

http://www.weforum.org/pdf/AM_2009/public.pdf



Einmal mehr hat die Schweiz bewiesen, zu welchen Höchstleistungen in Logistik und Sicherheit sie fähig ist, wenn es gilt, eine dermassen grosse Anzahl von VIPs vom Flughafen Zürich zum Gebirgskurort Davos zu bringen, sie adäquat zu schützen, zu verpflegen, für ihr

Wohlergehen und dafür zu sorgen, dass jede Persönlichkeit ihr Anliegen vortragen kann. Dem Gründer und Veranstalter **Klaus Schwab**, 70, wurde denn auch nicht mit Anerkennung und Wertschätzung gezeit, besonders der amtierende Schweizer Bundespräsident, gleichzeitig Finanzminister, würdigte die grossen Verdienste des WEF-Gründers. Polizeikräfte aus dem ganzen Land waren zum Schutz der Gäste zusammengezogen worden und die Luftwaffe sorgte für einen gesicherten Ablauf des Flugverkehrs.



Sogar der Flughafen in Mailand sei logistisch eingebunden worden, vermerkte Ex-Präsident Bill Clinton, als er erklärte, dass er seinem Nachfolger Georg Bush einen Staatshaushalt im Plus hinterlassen habe.

Früher hätte es in den USA durchaus noch Ersparnisse gegeben. Unter seinem Nachfolger ging es dann rasch Berg ab, bis hin zum heutigen Finanz Desaster.

Präsident Obama habe ein hervorragendes Wirtschaftsteam, welches die richtigen Beschlüsse fassen werde, sagte Clinton:

„Die Probleme sind auf der einen Seite sehr komplex, auf der anderen Seite ist es eigentlich ganz einfach“ so Clinton „Amerika muss jetzt federführend vorgehen in die andere Richtung, denn wir haben damit angefangen, wir müssen die Tragweite und Komplexität dieser Aufgaben erfassen und damit fertig werden, ich glaube, wir werden es überleben. Wir haben etwa 200 000 Megawatt Windenergieprojekte die darauf warten, umgesetzt zu werden. Wir haben am meisten Wind da, wo die wenigsten Menschen leben, da muss man langfristig planen und aufbauen. Wir arbeiten daran. Es beginnt ja erst“. Und:

„Ich freue mich, dass Präsident Putin sich für freies Unternehmertum einsetzt, hoffentlich funktioniert das bei ihm. Nehmen wir’s Mal ernst.“

Die Leute hätten jetzt Angst, was die wirtschaftlichen Belange betreffen. Es sei jetzt nicht gerade die beste Zeit, neue Welthandelsabkommen zu schnüren, meint Clinton:

„Aber ich glaube auch, dass intelligente Menschen auf der ganzen Welt erkennen werden, dass es auch nicht die Zeit ist, jetzt einen neuen Streit vom Stapel zu reißen. „Wir müssen mehr zusammenarbeiten und ich sage es ganz klar: Die vereinigten Staaten hatten etwa 600 Milliarden Dollar Schulden abbezahlt, als ich mein Amt abgab, die Haushalts und Ausgabenpolitik der letzten Regierung hat die Verschuldung wieder auf das doppelte anwachsen lassen. Wir können die Pläne des Präsidenten nur finanzieren, wenn Andere unsere Schatzanleihen kaufen“.

„Die Japaner konnten in den Neunzigerjahren sehr viel selbst finanzieren als sie in Schwierigkeiten steckten und in den Dreissigerjahren des letzten Jahrhunderts, finanzierte Präsident Roosevelt die Expansion, da hatten die Amerikaner sehr grosse Ersparnisse und konnten darauf zurückgreifen. Das schaffen wir heute nicht mehr. Wir können ohne die Unterstützung Chinas, also von Ländern, die exportabhängig sind, viel Cash haben, Länder, die aber jetzt auch betroffen sind. Ohne deren Unterstützung können wir es nicht schaffen.

Die sollten uns unterstützen, wenn sie glauben, dass die Pläne von Präsident Obama gut sind und funktionieren werden und uns wieder dahin bringen, dass wir ihre Exporte abkaufen können“. So Bill Clinton: „Und nicht nur das, sondern eine zusätzliche Wirkung entfalten, dass andere Länder dazu kommen und kaufen, dass es zum Handel kommt, dann gibt es mehr gemeinsame Sicherheit und dann können wir uns wieder der Expansion zuwenden. Diese Finanzkrise erweist sich ganz klar als Indikator dafür, dass die wechselseitige Abhängigkeit heute wichtiger ist als alles Andere“.

„Eine Scheidung liegt nicht drin, wir können uns nicht trennen. Der chinesische Ministerpräsident hatte recht: Es begann in den USA, aber es hatte auch eine explosive Wirkung in seinem Land, weil dort Fabriken geschlossen werden, und die ganzen Chinesen die in einem Umfeld mit zweistelligem Wachstum arbeiteten, plötzlich keine Arbeit mehr haben, - was machen die jetzt? Wollen sie wieder aufs Land zurückgehen? Da gibt es auch keine Arbeit. Er hat also sehr viele Probleme mit denen er jetzt konfrontiert ist“ Er meinte Chinas Premier. „Wir müssen zusammen herausfinden, wie wir eine Welt mit gemeinsamem Nutzen und geteilten Vermögen aufbauen und sollten auch die anderen wechselseitigen Verantwortungen und Pflichten nicht vergessen“ Vieles in der Welt sei Gut gewesen. So Clinton, „Sonst könnten Sie auch nicht hier sein, auch wenn Sie viel Geld verloren haben“.



Chinas Premierminister Wen Jiabao, der zuvor in Bern einen offiziellen Besuch abgestattet hatte meinte: „Wir haben unser Wachstum für 2009 auf 8 % festgelegt, das ist ein erreichbares Ziel, wenn wir hart arbeiten Die chinesische Volkswirtschaft steht jetzt unter starkem Aufwärtsdruck. Wieso bin ich so vertrauensvoll? Wir haben ein starkes Wirtschafts- und Finanzsystem. Wir hatten nur 2,5% der Not leidende Kredite“.

Die Schweizer Regierung hatte es dem chinesischen Gast möglichst angenehm gemacht: Bereits in Bern hatten Demonstranten mit Tibetfahnen keine Chancen, in das Blickfeld des Chinesischen Premiers zu gelangen. Von einer einheimischen Ladenbesitzerin in Davos wurde von der Polizei verlangt, eine Tibetfahne aus dem Schaufenster zu entfernen, damit die chinesische Delegation die Fahne bei einem eventuellen Spaziergang durch den sonst gemütlichen, nun völlig abgesicherten Kurort, nicht zufällig einer Tibetfahne begegnen musste. Für einige Tage schienen in der die Freiheit liebenden Schweiz chinesische Verhältnisse zu herrschen. Als die Chinesen weg waren, entschuldigte man sich bei der Ladenbesitzerin für die Aushebelung des Grundrechtes auf freie Meinungsäußerung.



Der UNO- Generalsekretär beklagte nicht nur die humanitären Zustände im Gazastreifen. Er sass konsterniert neben den emotional aufgeladenen Kontrahenten Recep Tayyip Erdogan aus der Türkei und Israels Shimon Peres, sondern forderte im Umweltpannel gleichsam wie die Akteure Al Gore usw. ein rasches Handeln entgegen der globalen Klimaerwärmung. Frieden sei heute wichtiger denn je, meinte Ban Ki-Moon.



Russlands Präsident Putin verlangte, „nicht zu viel Staat“ (!) bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise. (Hier im Bild neben dem Schweizer Bundespräsidenten, vor deren Beiden Eröffnungsansprachen zum viertägigen Krisenspektakel).



Russlands Premier Vladimir Putin durfte als Gast die Eröffnungsansprache halten und wurde sogar vom litauischen Staatspräsidenten

Adamkus mit Applaus begrüsst (links aussen im Publikum). Aus Lettland und Litauen waren die beiden Staatschefs angereist, verloren sich aber bald im Gewimmel der zahlreichen Gäste in bilateralen Hintergrundgesprächen abseits der Bühne. Aus Estland war niemand offizielles angereist. Die Esten beschränkten sich darauf, das Geschehen im Internet bez. am Satellitenfernsehen zu verfolgen. .



Das Baltikum hofft auf Unterstützung durch die schwedische EU-Präsidentschaft in fünf Monaten, wenn Tschechien das Mandat an Schweden abgibt. Noch wirken die monetären Schutzmechanismen der skandinavischen Banken in den drei baltischen Staaten.

Schwedens Premierminister Fredrik Reinfeldt (links) warb für das schwedische Modell in Sachen Finanzkrisenbewältigung und erinnerte daran, wie Schweden seine Finanzkrise zu Beginn der Neunzigerjahre gemeistert hatte, was natürlich für die baltischen Staaten, angesichts der heutigen Lage von grösster Bedeutung ist, zu wissen; sind doch die drei baltischen Staaten praktisch vollumfänglich von der Befindlichkeit der skandinavischen Banken abhängig. Dabei handelt es sich um die Swedbank, die SEB, die Danskebank und die in Stockholm angesiedelte NORDEA. Als Schweden seine Krise gehabt hätte, so der Schwedische Premier, hätte man die NORDEA vorübergehend verstaatlicht, die faulen Kredite quasi in einer „bad Bank“ ausgesondert und schliesslich erfolgreich abgewickelt.

Ob das „Schwedische Modell“ allerdings, angesichts eines um ein vielfach umfangreicheres Schuldenvolumen in Amerika, Grossbritannien und dem übrigen Europa und der Welt funktionieren könnte, wurde da und dort angezweifelt, da es fraglich sei, ob „das schwedische Modell“ angesichts der Masse gebündelter „fauler Kredite“ in den Bilanzen der Banken, und die daraus resultierenden Kreditklemmen für die Unternehmen, die Welt nicht vollends in die Schuldenfalle treiben könnte.



Grossbritanniens Gordon Brown, Deutschlands Angela Merckels und Japans Taro Aso nahmen die Gelegenheit war, ihre eingeleiteten Massnahmen und laufenden

Entscheidungen in Sachen Krisenbewältigung den Amtskollegen und dem Publikum zu vermitteln. Den Deutschen war vorab „Kleckerei“, den Briten Klotzerei, und den Japanern Ausgewogenheit bescheinigt worden. Neben den USA, hat Grossbritannien längst damit begonnen, Banken zu verstaatlichen und deren faule Kredite in Gewahrsam zu nehmen.

Angela Merkel pries einmal mehr die „soziale Marktwirtschaft“ und das Vorgehen ihrer Regierung.



Aufgereiht sassenzu den EZB-Präsidenten Trichet, EU Ratspräsident Barroso dazwischen der schwedische Premierminister auf

der Bühne, während José Manuel Barroso und Jean-Claude Trichet die Existenz und Stabilität des Euro lobten und in Dankbarkeit zum Ausdruck brachten: „Dass Europa zum Glück den Euro hat“, wohl wissend, dass diese Währung angesichts noch heran brandender Schuldenberge in den einzelnen Ländern, die Bewährungsprobe bisher erst am Beginn der Krisenbewältigung unter Beweis stellen konnte.

Als Diskussionsleiter dieses hochrangigen „Pannels“ amtierte der Schweizer Josef Ackermann, der Chef der Deutschen Bank, welche neuerdings ebenfalls Milliardenabschreibungen zu verbuchen hat und womöglich noch auf Staatshilfe angewiesen sein könnte.

Auf der Bühne waren die baltischen Repräsentanten nicht zu sehen. Der Öffentlichkeit hierzulande wurden im staatlichen Fernsehen nur der Eklat zwischen dem türkischen Premier und Israels Präsident gezeigt. Sonst herrschte weitgehend Funkstille, was das WEF betraf. Obwohl es immer mehr Stimmen aus dem Ausland gibt, welche einer Abwertung der Währungen in den baltischen Staaten das Wort reden, wogegen sich die drei Regierungen und Staatsbanken im Baltikum zu Recht und absolut verständlich, mit aller Kraft wehren, nicht zuletzt mit Unterstützung der Skandinavier, welche nun allerdings Lohnsenkungen vorgeschlagen haben, was bei der Bevölkerung bereits auf heftigen Widerstand stösst und, wenn schon, gefordert wird, dass wenigstens die Preise entsprechend sinken müssen, was sie Teils ja tun; nicht jedoch auf dem Hypothekenmarkt: Dort sind die Zinsen hoch geblieben, insofern die Schulden in den Landeswährungen angelegt sind.

Nicht wenige Haus und Wohnungsbesitzer haben ihre Darlehensverträge jedoch in Euro abgeschlossen, was eine Katastrophe für viele Haus und Wohnungsbesitzer bedeuten könnte, wenn die Landeswährungen abgewertet würden. Explodierende Insolvenzen in den drei baltischen Staaten könnten auch die skandinavischen Mutterbanken zusätzlich in Bedrängnis bringen. Ob diese sich dann weiterhin so konziliant wie bisher gegenüber den baltischen Staaten verhalten würden, wie bisher, weiss hierzulande niemand zu sagen. Verluste in Milliardenhöhe, weil Menschen mit Euroschulden diese plötzlich mit ihren abgewerteten Kronen, Litas und Lats nicht mehr bedienen könnten, gäben der Krise zusätzlichen Auftrieb. Das „isländische Gespenst“ beschäftigt hier die Menschen zusehends.



Wie bereits im vorigen Jahr, hatte der ehemalige US-Vizepräsident Al Gore auch dieses Jahr seinen Auftritt, als es um Erderwärmung, Treibhausgase, erneuerbare Energien ging. Gemeinsam mit dem dänischen Premierminister Anders Fogh Rasmussen, unter anderen Prominenten, drückte er die Hoffnung aus, dass es beim nächsten Umweltgipfel in Kopenhagen gelingen möge, wirkliche Entschlüsse mit

Konsequenzen für die Verbraucher unter Einbindung der neuen Führung in den USA auf den Weg zu bringen. „Uns läuft die Zeit davon“, rief Al Gore ins Mikrofon. Unisono war man überzeugt, dass nun, trotz Wirtschaftskrise rasch weltweit erneuerbare Energien, wie Wind, Wasserkraft und Solarenergie, bei gleichzeitigen Sparprogrammen zum Zuge kommen müssten. Dies würde auch Millionen neue Arbeitsplätze schaffen.

Zum Thema globale Wasserbewirtschaftung gab es eine Kontroverse zwischen dem Vertreter Indiens und demjenigen aus Singapur, betreffend Bepreisung von Trinkwasser. Während der Vertreter aus Singapur dafür plädierte, das Wasser der Bevölkerung generell zu verkaufen, widersetzte sich der Vertreter Indiens dieser Forderung. Die 60% Armen Indiens wären niemals in der Lage, für sauberes Trinkwasser zu bezahlen, entgegnete er.



Einer der Welt grössten Wasserhändler, der Vertreter der Firma Nestle machte sich für eine gerechte Verteilung knapp werdender Wasserressourcen in der dritten Welt stark und plädierte für die kostenlose Wasserabgabe an die Not leidende Bevölkerung. (Links im Bild Nestle CEO Peter Brabeck, der sich gerade ein Glas Wasser genehmigt).



In einem so genannten Open Forum für Jedermann, machte der Schweizer Nationalbankpräsident Jean-Pierre Roth mit einer unmissverständlichen Geste deutlich, dass man sich in den USA über den Kopf hinaus verschuldet habe und nun, um die Wirtschaft zu stimulieren, mehr Konsum gefordert würde um hernach, wenn sich die Lage verbessert habe, wieder beginnen solle zu sparen: „Wir machen genau das gleiche, wie wir es vor ein paar Jahren gemacht haben: eine sehr expansive Geldpolitik, tiefere Zinsen, die Banken suchen Rendite. Im Moment sprechen wir über die kurzfristigen Massnahmen, aber niemand spricht über die Massnahmen die notwendig sind so, dass die Weltwirtschaft besser funktioniert. „Was ich sehe, ist: Den Konsum so weit wie möglich zu

stimulieren und *more of the same* - ich glaube es wird schwierig sein, wenn wir die grundsätzlichen Probleme der Weltwirtschaft ansprechen, - das ist im Moment nicht der Fall“. Der Schweizer aus der Romandie steht mit der Nationalbank einer bisher äusserst stabilen Währung vor: „Wir haben nur ein Privileg, aber das ist sehr wichtig, wir können den Franken produzieren. Wenn den Privatbanken das Geld ausgeht, ist die Kasse einfach leer. Wir können neues Geld produzieren“, scherzte er.



Auf drei geplante Veranstaltungen werden nun neue Hoffnungen gesetzt: Auf den G-20 Gipfel am 2. April in London, auf den Umweltgipfel in Kopenhagen im Herbst 09, auf den Abbau von Protektionismus in Fortsetzung der DOHA Runde. Die Schweizer Wirtschaftsministerin Doris Leuthard, packte die Gelegenheit beim Schopf, in dem sie die anwesenden zahlreichen Handelsminister aus aller Welt zu versammeln verstand, um ein Treffen noch vor dem G-20 Gipfel im April schmackhaft zu machen. Die bisher erfolglos verlaufene „Doha Runde“ gegen

Protektionismus sollte nun endlich mit Nägeln mit Köpfen zum Erfolg geführt werden. Die Schweizer Bundesrätin stiess offenbar bei ihren Amtskollegen kurzfristig auf offene Ohren. Man wird sehen, was geschieht.



Die aus Johann Calvins Reformationsstadt Genf stammende Schweizer Aussenministerin Michele Calmy-Rey, engagierte sich u. A. anlässlich eines „Open Forums“ für mehr Toleranz zwischen den Religionen und vor allem für mehr Rechte der Frauen, besonders in den Entwicklungsländern. Dieser Anlass galt auch Frauen aus islamischen Ländern, die als Vorkämpferinnen für Frauenrechte in ihren Ländern grossen Mut bewiesen hatten, sich gegen die Unterdrückung der Frauen durch die Männerwelt öffentlich zur Wehr zu setzen, was in gewissen islamischen Ländern nach wie vor lebensgefährlich sein kann.

Insgesamt gab es an diesem Weltforum viele Forderungen unter dem Titel: „Man muss, man soll, man könnte“. Die Menschheit ist mehr als sensibilisiert und keine/r kann behaupten, dass die Führenden die Augen vor den Problemen noch verschliessen können.

Ansip: Jetzt keinesfalls Steuern erhöhen oder neue erfinden!



Der estnische Premierminister Andrus Ansip sagte am Donnerstagabend, dass der Staat in der heutigen Situation die Steuern nicht erhöhen und keine neuen Steuern einführen darf. Nur so werde der estnische Staat die Krise bewältigen. In einem Interview mit der Nachrichtensendung Aktuelle Kamera, kommentierte Ansip das Statement des Chefs des estnischen Entwicklungsfonds Indrek Neivelt (ehemaliger Chef der „Hansapank“ der grössten Kommerzbank im Baltikum, heute Swedbank), als sollte man die Unternehmensbesteuerung wieder einführen. Dies wäre natürlich genau das falsche Signal, meinte der Premierminister.

Bei der Tallink stiegen die Passagierzahlen im Januar



Im Januar 2009 beförderte die Tallink Gruppe AG 579 141 Passagiere, das sind 34% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Offensichtlich benutzen derzeit mehr Besucher, vor allem aus Finnland, die günstigen Einkaufsmöglichkeiten und günstigen Hotelübernachtungskosten in den estnischen Geschäften, wo die Preisnachlässe bis zu 70% ausmachen. Auch die **Preisreduktionen** in den Tallinner Hotels sind gegenüber Westeuropa derzeit deutlich höher. Dies veranlasst Besucher momentan vermehrt, von den günstigen Konsumangeboten und günstigen Übernachtungsmöglichkeiten Gebrauch zu machen. Zahlreich ist denn auch die Kundschaft in

den Einkaufszentren. Auch die einheimische Bevölkerung frequentiert derzeit die Supermärkte, sobald die Gehälter ausbezahlt sind.

Kommentar eines Estnischen Unternehmers.



Märt Vooglaid, einer der grössten Immobilienhändler Estlands, vermutet, dass die Arbeitslosigkeit in Estland schon in den kommenden Monaten auf hunderttausend Erwerbslose ansteigen werde. Er fragt sich, warum die Regierung noch keine aus Spitzenspezialisten bestehende Krisenkommission gebildet habe, welche nach Lösungen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise sucht. Es gehe nicht nur um die Haushaltskürzungen, ob sie 8 oder 18 Milliarden Kronen beträgt: „Es geht nur um Kürzungen im staatlichen Sektor und der Einkommen der Rentner. Was wichtig ist, ist aber die Unterstützung des Unternehmertums, die zusätzliche Werte schafft, die sich „nutzbringend verteilen“ liessen. Bis heute fehle eine solche Kommission, die in der Lage sei, zu analysieren und zu sagen, wie es weiter gehen soll. Solche Massnahmen stünden nicht einmal auf der Tagesordnung der Regierung, meinte der estnische Unternehmer. Estlands Stärke liege in seiner geografischen Lage. Seiner Meinung nach müsste man den Begriff „Politiker“ streichen, Die Politiker müssten beweisen, dass sie Staatsmänner sind. Er warte mit Interesse auf diesen Politiker, der zu gibt, dass die Gehälter im öffentlichen Sektor um 20% gekürzt werden müssen.

Haushaltskürzungen beschlossen



Die estnischen Koalitionsparteien gelangten in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag nach langen und schwierigen Verhandlungen zu einem Kompromiss über Haushaltskürzungen von 8,08 Milliarden Kronen (518 Mio. Euro). Am meisten gespart wird nun an den Gehältern und laufenden Kosten der Staatsbehörden im Gesamtumfang von zwei Milliarden, (Die Entschädigungen bei estnischen Berufsparlamentariern liegen derzeit bei rund 63 000 Kronen.) Die Ministergehälter reduzieren sich um 10%. Die von der Regierung früher versprochene Erhöhung der Lehrergehälter bleibt weiterhin auf der Tagesordnung. Allerdings bekommen die Lehrer 10% weniger Lohnaufschlag als versprochen. Auch die Rentner können sich in diesem Jahr über ein höheres Einkommen freuen, welches jedoch statt der vorher versprochenen 14% nur 5% betragen wird. Vom Sparprogramm ausgenommen blieben die staatlichen Beihilfen für Mutter und Kindergelder.

Estonian Air: Stirbt sie oder stirbt sie nicht?



Die bei den Bewohnern Estlands beliebte Estonian Air leidet nicht zuletzt unter den Turbulenzen ihres bisherigen Mitinhabers SAS. Viele Esten wurden über die Jahre mit Estonian Air in die Ferien an die Gestade des Mittelmeers gebracht. Der Service an Bord der weiss-blauen Flieger war exzellent, die neuen Flugzeuge waren stets voll besetzt, die Reisen gingen bis ins marokkanische Agadir, nach Kreta usw. Die Liniengesellschaft flog zuweilen auch Charter. Daneben bestehen zahlreiche Liniedestination in Europa. Unlängst wurde sogar kommuniziert, dass man Zürich direkt bedienen wolle. Da die Inhaber des 49% Aktienanteils an der estnischen Fluggesellschaft, die SAS, nun selber in der Krise steckt, teilte diese am Dienstag mit, dass sie ihre Beteiligung an der Estonian Air verkaufen werde. Wohin, ist derzeit die Frage. Die Fährreederei Tallink teilte schonmal mit, dass für sie eine Übernahme des Aktienpaketes nicht in Frage komme, nachdem Spekulationen laut wurden, die Tallink könnte sich allenfalls an Estonian Air beteiligen. Die Fluggesellschaft gehört zu 34% dem estnischen Staat und zu 17% der estnischen Investmentbank Cresco:

<http://www.cresco.ee/>. Vor zwei Wochen noch, hatte die SAS der Estonian Air ein Darlehen von 2 Millionen Euro für die Anzahlung neuer Flugzeuge von Bombardier gewährt. Nun ist sie dabei, alle kleinen Gesellschaften, die sie während der fetten Jahre gekauft hatte, abzustossen. Nur so dürfte sie eine Chance haben, allenfalls von der Lufthansa übernommen zu werden.

Nun stellt sich die Frage, ob für das Aktienpaket der estnischen Fluggesellschaft ein Käufer gefunden werden kann. Die Pressesprecherin der Estonian Air sagte, „Unsere Zusammenarbeit mit der SAS war gut und die heute veröffentlichte Entscheidung wird unsere Grundprinzipien nicht ändern, die Marktposition des Unternehmens, wie auch die nachhaltige und profitable Firmenführung, müssen weiterhin gewährleistet werden. Unsere langjährige Zusammenarbeit mit der SAS wird fortgesetzt. Ein guter strategischer Partner muss nicht unbedingt auch der Besitzer sein.“

Tallinner Flughafen hofft



Der Tallinner Flughafen hofft, dass die hiesigen Fluggäste auch weiterhin von einer estnischen Gesellschaft bedient werden. Ausländische Firmen würden zurzeit vorwiegend profitable Destinationen anfliegen. Das

Vorstandsmitglied des Tallinner Flughafens, Rein Loik sagte, dass die Nachricht über den Verkauf der SAS- Anteile der Estonian Air für den Tallinner Flughafen spannende Zeiten bedeuten: „Ich hoffe sehr, dass der heutige Businessplan der Estonian Air attraktiv und interessant ist, damit er Investoren anzulocken vermag“, sagte Loik.

Der estnische Wirtschaftsminister Juhan Parts gab gleichen Tags der Hoffnung Ausdruck, dass der potenzielle Käufer aus Estland stammen möge. „Jeder Flughafen hofft doch, dass er einen einheimischen Partner hat, da ausländische Firmen wohl kaum neue Fluglinien öffnen werden, obwohl wir es hoffen...“

Lettische Landwirte protestieren weiter



Der lettische Landwirtschaftsminister Martins Roze, kündigte Gestern wegen Überforderung seinen Rücktritt an. Das Landwirtschaftsministerium hatte diese Woche 27 Millionen Lats (34 Mio. Euro) zur Unterstützung der Bauern gut gesprochen. Trotzdem veranstalteten einige hundert Landwirte mit ihren teils neuen, mit EU- Geldern subventionierten

Traktoren, eine Protestdemonstration. Für die modernen Gerätschaften müssen die Bauern ihren eigenen Anteil übernehmen. Bei den neuen Maschinen handelt es sich wohl vorwiegend um Leasingfahrzeuge, die teilweise von der EU mitfinanziert worden sind. Angesichts der wirtschaftlich schlechten Lage in der lettischen Landwirtschaft, hatten die Bauern vom Staat eine grössere Unterstützung erwartet.

Lettische Rezessionserwartungen



Der jüngsten Wirtschaftsprognose des Börsengeschäftsanbieters „Hansabank Market“ zufolge, erwartet die lettische Wirtschaft in diesem Jahr eine zehn prozentige Rezession. Durch die Besserung der Lage in der Weltwirtschaft werde sich auch die Wirtschaftslage Lettlands 2010 etwas verbessern, aber trotzdem im roten Bereich bleiben. Die Inflation werde in diesem Jahr wahrscheinlich bei Null liegen.

Parex Bank



Der Vorstandsvorsitzende der bereits verstaatlichten Parex Bank, Nils Melngailis, sagte, dass die europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung der beste Partner zur Stabilisierung der Lage seiner Bank sei: „Es handelt sich nach meiner persönlichen Meinung um eine ideale Partnerschaft, weil die EBRD über sehr gute Erfahrungen in Osteuropa verfügt und Entwicklungen auf anderen Märkten mit erlebt hat. Die EBRD könnte der Parex mit einer guten strategischen Vision helfen, sie hat das Know How und die Experten zur Entwicklung der Bankdienstleistungen“. Ende letzten Jahres rettete der lettische Staat

die Parex Bank vor einem Desaster und besitzt heute 84,83% ihrer Anteile, d.h. die Parex Bank ist weitgehend verstaatlicht. Die restlichen 15,17% gehören Kleinanlegern.

Management der Air Baltic kaufte von der SAS deren Anteile ab



Die skandinavische SAS hat ihre Aktienbeteiligung von 47,2%- an der lettischen Fluggesellschaft Air Baltic zum Preis von 14 Mio. Lats (20 Mio. Euro) an das Firmenmanagement abgestossen. Das Geld sei überwiesen, meldete die Nachrichtenagentur BNS. „Das Firmenmanagement ist überzeugt, dass die Firma auch in schwierigen Zeiten weiterhin Wachstumspotenzial besitze. „Wir sind darauf vorbereitet, die Air Baltic aktiv weiter zu

entwickeln“, sagte der Präsident des Unternehmens, Bertold Flick Die Firma werde auch weiterhin mit der SAS zusammen arbeiten, erklärte der Präsident von Air Baltic.

Es liegen allerdings keine Informationen darüber vor, an welche Personen die Anteile verkauft wurden und wie die Käufe finanziert wurden. Flick sagte, dass es keine Pläne gebe, die gekauften Anteile weiter zu veräußern. Der lettische Staat besitzt einen 56,2%- Anteil an der Air Baltic.

Erste Entlassungen beim Flughafen Vilnius



Der Flughafen Vilnius befürchtet, dass die Zahl der Fluggäste nach dem Kollaps der nationalen FlyLal erheblich sinken wird und plant 5% ihrer Arbeitsstellen (40 von insgesamt 800 Mitarbeitern) abzubauen. „Die Stellen werden abgebaut, weil die Zahl der Flüge gesunken ist und keine Besserung der Lage in Aussicht steht. Wir gehen davon aus, dass die Zahl der Flüge in diesem Jahr um 15% zurückgeht“, sagte der Pressesprecher des Vilniuser Flughafens, Arunas Marcinkevicius.

FlyLal hat alle ihre Flüge vom Flughafen Vilnius aus eingestellt. Wir berichteten in der vorigen Ausgabe darüber. Auch die Air Baltic hat ihre Flüge von und nach Vilnius reduziert, offenbar wollte Air Baltic die Flugpläne der Konkursen FlyLal nicht übernehmen.

Die Vertreter der chinesischen Fluggesellschaft Hainan Airlines, werden zu einem Besuch nach Litauen eingeladen, sagte der stellvertretende litauische Transportminister Arunas Saras: „Wir haben die Hainan noch nicht kontaktiert. Da die Firma aber selber Interesse gezeigt hat, planen wir eine Einladung zu schicken, damit sie sich von den Investitionsmöglichkeiten in Litauen ein Bild machen können. Ob Litauen eine Milliarden betragende Investition an Land ziehen kann, wird vom Interesse des potenziellen Investors abhängen. Die Möglichkeit, die Basis der in Konkurs gegangenen FlyLal zu benutzen ist für die Hainan einen der Wege, um auf den litauischen Markt zu kommen“, vermutet der litauische Vizeminister. Die Chinesen hatten sich bereits mit einer Anfrage an das litauische Transportministerium gewandt, mit der Anfrage über einen allfälligen Erwerb der Aktienanteile der FlyLal.

Auch Litauen reduziert Staatsausgaben



Das litauische Parlament verabschiedete am 21. Januar einen Beschluss über eine 15% Reduzierung der Gehälter seiner Mitglieder. Das Einkommen eines litauischen Parlamentarier werde, statt bisher 8200 Litas (2340 Euro) nur noch 7000 Litas betragen.(1997 Euro) Dank dieser Entscheidung wird der litauische Staat im Jahr 2,2 Millionen Litas (570000) Euro einsparen. (Im Vergleich: estnische Parlamentarier verdienen durchschnittlich fast doppelt soviel wie ihre litauischen Kollegen).

Wie die statistische Behörde mitteilte, betrug das litauische Wirtschaftswachstum trotz einem 1,5% Minus im vierten Quartal auf das ganze Jahr gerechnet, 3,2%.

Zum ersten Mal in der letzten Dekade sei die litauische Wirtschaft rückläufig gewesen. Im Vergleich zu Lettland und Estland gehe es dem südlichsten Baltenstaat besser als seinen Nachbarn im Norden. Die Litauer hätten in den Jahren des Booms offenbar etwas bescheidener gelebt als deren baltische Nachbarn, hiess es. Dennoch gab es in Litauen, ähnlich wie in Lettland, bereits Demonstrationen aufgebrachter Bürger, wovon Estland bisher verschont geblieben ist. Für 2009 prognostiziert das litauische Wirtschaftsministerium einen Rückgang des Wachstums um 4,8%.